

Bagger dürfen in den Hafen

WSA will Genehmigung erteilen

Jr. Hitzacker. „Das Wasser- und Schiffsamt Lauenburg (WSA) wird der Hafen Hitzacker GmbH die Genehmigung zum Ausbaggern erteilen.“ Das hat die Landtagsabgeordnete Karin Bertholdes-Sandrock am Dienstag angekündigt. Sie be ruft sich auf ein Gespräch mit der Schiffsamtsleiterin Bet tina Kalytta, in dem die der CDU-Politikerin bestätigte, dass die Behörde grünes Licht für die Baggararbeiten geben werde. Bertholdes-Sandrock wertet das als ein erstes positives Ergebnis ihrer kleinen Elbekonferenz mit dem Umweltschutzbereich der Landtagsfraktionen von CDU und FDP, der – wie berichtet – in der vergangenen Woche in Hitzacker tagte.

„Wenn Boote und Yachten nicht ungehindert den Hafen anlaufen können, schadet das dem Tourismus in Hitzacker ganz erheblich“, stellt Bertholdes-Sandrock heraus. Die strom- und schiffahrtspolizei liche Genehmigung besage, dass bei entsprechenden Wasserständen – nach dem Hochwasser also – der überschüssige Sand in der Hafenzufahrt beseitigt werden dürfe, sodass der Hafen wieder frei passierbar wird. Ausge-

führt werden müssten die Arbeiten dann durch ein Unternehmen, nicht durch das Wasser- und Schiffsamt selbst, erläuterte die Abgeordnete.

Bertholdes-Sandrock betonte, auf Dauer werde die Situation aber erst durch eine bessere Unterhaltung der Reststrecke Hitzacker-Dömitz erreicht. Durch eine Bühnenverlängerung könnten 80 bis 85 Prozent des Sandes, der jetzt aus der Elbe in den Hafen gelangt, im Elbeflussbett bleiben. „Das wäre eine große Erleichterung“, urteilt die CDU-Parlamentarierin.

In diesem Zusammenhang begrüßt Karin Bertholdes-Sandrock die jüngsten Äußerungen des Geobotanikers Hans-Jörg Küster von der Universität Hannover, der eine Verlängerung der Bühnen für „ökologisch vertretbar“ hält, und von Biosphärenreservatsleiter Dr. Johannes Prüter, der für einen behutsamen Erhalt der Kulturlandschaft mit Schifffahrt eintritt. „Wir müssen touristische und Naturschutzbelange verträglich zusammenbringen. Extremsituationen – in welcher Richtung auch immer – werden uns nicht weiterhelfen“, ist die Abgeordnete überzeugt.